

## Nachdenklicher Jahresauftakt: VSW-Präsident regt beim Neujahresempfang „Neues Wirtschaften“ mit mehr Bescheidenheit und Gemeinsinn an

Traditionell lädt die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft im Januar Unternehmer und Politiker zum gemeinsamen Jahresauftakt ein. So kamen am 19. Januar mehr als 600 Gäste in das Dresdner Internationale Congress Center, um aus den Reden des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen Stanislaw Tillich und des VSW-Präsidenten Bodo Finger Perspektiven für das neue Jahr zu gewinnen. Im Mittelpunkt stand natürlich die aktuelle Lage mit Blick auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ministerpräsident Tillich legte den Schwerpunkt in seinem Beitrag auf die Stärkung der Innovationskraft des sächsischen Mittelstandes, um so die Krise zu überwinden und im internationalen Wettbewerb besser bestehen zu können. Der VSW-Präsident ging grundsätzlich darauf ein, welche Schlussfolgerungen aus der Krisensituation zu ziehen sind. Er skizzierte dazu das Leitbild eines „Neuen Wirtschaftens“ mit mehr Bescheidenheit und bürgerlichem Gemeinsinn innerhalb einer verantwortungsvollen Marktwirtschaft. Dem Schuldenkapitalismus und kurzfristigem Dividendenstreben erteilte er indes eine klare Absage.

Aufgrund der großen Nachfrage nach der Rede von Bodo Finger kann diese im Wortlaut unter [www.vsw-direkt.de](http://www.vsw-direkt.de) nachgelesen werden.



## Dank an Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit dem VSW-Ehrenpreis

In Anerkennung an die Verdienste um den Aufbau des Freistaates Sachsen ehrt die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft im April Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit dem VSW-Ehrenpreis. Präsident Finger betonte zur Bekanntgabe dieser Auszeichnung im Rahmen des Neujahrsempfanges noch einmal die Leistungen des langjährigen Ministerpräsidenten Sachsens, insbesondere seinen klaren Kurs und seine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, aber auch seinen Beitrag zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls im Freistaat. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ist die zweite Persönlichkeit, die den VSW-Ehrenpreis erhält, der mit einem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro verbunden ist, das nach Entscheidung des Gelehrten gemeinnützigen Einrichtungen im Freistaat zukommt.

## 2010 verlangt gemeinsame Kraftanstrengung

Sehr geehrte Damen und Herren,



nachdem das Jahr 2009 auch Sachsen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise hat spüren lassen, stimmen uns nun mehrere Tatsachen zuversichtlich. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt verzeichnet unser Freistaat einen weniger starken Rückgang des Bruttoinlandproduktes sowie der Beschäftigtenzahl. Die steigenden Auftragseingänge deuten darauf hin, dass unser Motor – die Industrie – das Tal durchschritten hat.

Zum Aufatmen ist es trotzdem noch zu früh. Wir brauchen jetzt nicht nur Kontinuität, sondern auch das Umdenken hin zu mehr eigenen innovativen Produkten und Dienstleistungen. Dabei leistet der Freistaat gute Unterstützung. Gleichwohl sind die knapper werdenden Haushaltsmittel die Chance, Strukturen zu entbürokratisieren und die Förderung zu fokussieren. Eine neue Dynamik der Wirtschaft entsteht nur mit Rahmenbedingungen, die Freiräume bieten, aber nicht ohne die dazugehörige Verantwortung einzufordern.

Im 20. Jahr nach der Wiedervereinigung ziehen wir eine Bilanz, die uns stolz auf das in Sachsen Erreichte blicken lässt. Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt der richtige Weg, um all unsere Regionen voranzubringen und den Menschen eine lebenswerte Heimat zu bieten. Ich bitte Sie dabei um Ihre Mitwirkung, denn nur gemeinsam wird es überzeugend gelingen.

Ihr  
 Bodo Finger

## Sinkende Steuereinnahmen durch die Wirtschaftskrise – Chance für Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau

Dass auch für den Freistaat Sachsen die Einnahmen durch ein zurückgehendes Steueraufkommen aufgrund der Wirtschaftskrise sinken werden, war bereits im vergangenen Jahr absehbar. Alle Fachressorts an den nun notwendigen Sparmaßnahmen zu beteiligen, ist grundsätzlich richtig. Bei diesen Kürzungen sollte der Fokus aber stets darauf liegen, durch welche Ausgaben zukünftig neue Einnahmen generiert werden können. Im Kern geht es darum, die Ausgaben auf ein weiteres Wachstum der Wirtschaft zu konzentrieren, da nur so langfristig wirkende zusätzliche Einnahmen entstehen. Die hohe Investitionsquote beizubehalten, ist wünschenswert, darf aber nicht zur Aufnahme neuer Schulden führen. Das Überprüfen von Ausgaben ist gleichzeitig ein passender Anlass, Strukturen wirklich kritisch zu überprüfen. Indem sich der Staat auf seine Kernaufgaben besinnt und finanzielle Unterstützungen nie als Dauerzuschuss ausreicht, kann Sachsen auch mit geringerem Haushaltsumfang weiter deutlich vorankommen.

### Wann sollten Sachsens Geschäfte öffnen?

Am 31.12.10 läuft das „Sächsische Gesetz über die Ladenöffnungszeiten“ (SächsLadÖffG), das in den letzten Monaten vielfach für Diskussion sorgte, aus. Zahlreiche Regelungen, wie Sonntagsöffnungen in einzelnen Stadtteilen, waren im Klageverfahren außer Kraft gesetzt worden.

Der sächsische Einzelhandel erwartet in einem neuen Gesetz über die Ladenöffnung ab 2011 mehr Rechtssicherheit und Verlässlichkeit. Es muss gelingen, eine Richtlinie zu formulieren, die den praktischen Gegebenheiten und Erfordernissen im Freistaat entspricht und zugleich die aktuelle Rechtsprechung widerspiegelt. Ebenso sollte es die Belange des Einzelhandels und der Verbraucher berücksichtigen sowie eine Entbürokratisierung des Verfahrens bei zu beantragenden Öffnungszeiten bringen.

Dazu hat der Handelsverband Sachsen eine Mitgliederbefragung zur Bewertung des aktuellen sächsischen Ladenöffnungsgesetzes durchgeführt. Entsprechend der Auswertungen sollten unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 01.12.09 und der Entscheidung des OVG Bautzen vom 07.07.09 in einem Ladenöffnungsgesetz folgende Schwerpunkte enthalten sein:

1. Bis zu sechs Sonntage im Jahr sollten in Sachsen für eine Ladenöffnung freigegeben werden.
2. Zu berücksichtigen ist dabei die aktuelle Rechtsprechung, so dass zwischen den einzelnen verkaufsoffenen Sonntagen ein Sonntag „der Ruhe“ einzu richten ist.
3. Für eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten an Werktagen besteht kein Handlungsbedarf, da die Praxis gezeigt hat, dass von einer Spätöffnung in Sachsen kaum Gebrauch gemacht wird. Sollte das neue Ladenöffnungsgesetz darüber hinausgehende Regelungen festsetzen, werden jedoch keine negativen Auswirkungen gesehen.
4. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Möglichkeit der flexiblen und zügigen Handhabung des Gesetzes sollten, abweichend von den gegenwärtigen Bestimmungen, die Verwaltungen der Städte und Gemeinden ermächtigt werden, Rechtsverordnungen bzw. Allgemeinverfügungen zu erlassen. Ist der Erlass einer Verordnung beabsichtigt, sollte rechtzeitig die für die jeweilige Gemeinde zuständige Gliederung des Einzelhandelsverbandes gehört werden, um praxisnahe Entscheidungen zu ermöglichen.

### Veranstaltungshinweis

Am **15.06.10** lädt die VSW wieder Unternehmer aller sächsischen Branchen sowie Vertreter aus Politik und Wissenschaft zum traditionellen **Sommerfest** in den Historischen Güterboden nach Raabeul ein. Als Gastredner begrüßen wir erneut den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich.

An der Mitgliederbefragung beteiligten sich inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte, Mittel- und Großbetriebe, Filialunternehmen, Einkaufszentren sowie Gewerbevereine. Wesentliche Ergebnisse sind:

1. Die regelmäßigen Öffnungszeiten an Werktagen von 16 bis 22 Uhr erachten ca. 95 Prozent als ausreichend. Etwa 67 Prozent schöpfen diese Möglichkeiten ohnehin nicht aus.
2. An Sonn- und Feiertagsöffnungen nehmen 70 Prozent der Befragten regelmäßig und rund drei Prozent gelegentlich teil.
3. Im Bereich der möglichen Öffnung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen zwischen 12 und 18 Uhr existieren sehr unterschiedliche Auffassungen und Aussagen. Im Wesentlichen zeigen sich folgende Differenzierungen:
  - a) Ca. 28 Prozent der Befragten sprechen sich für jährlich mehr als vier Sonn- und Feiertage aus,
  - b) etwa 38 Prozent sind für eine Öffnung an vier aufeinander folgenden Sonntagen im Dezember,
  - c) die Hälfte der Befragten hält es für nicht ausreichend, dass die möglichen vier Sonn- und Feiertage nur im gesamten Stadt- und Gemeindegebiet freigegeben werden können.

## Mehr Forschung und Entwicklung in Sachsens Mittelstand: Landtagsbeschluss zum Innovationsgutschein schafft bessere Voraussetzungen

Sachsen hat sich als Land der Erfinder und Erfindungen international einen beachtenswerten Ruf erarbeitet. Innovationen sind gestern wie heute der Schlüssel zu Wachstum und dem damit verbundenen Wohlstand.

„Mit dem Innovationsgutschein kann die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gestärkt werden.“

Bodo Finger

Doch gerade der in Sachsen stark verankerte Mittelstand hat hier Nachholbedarf. In dem auf der Januarsitzung des Sächsischen Landtages beschlossenen Antrag zur Einführung von Innovationsgutscheinen sieht die VSW ein wichtiges Instrument, um auch in kleineren Unternehmen die Entwicklung von neuen Produkten und Verfahren zu ermöglichen. Entscheidend für die Akzeptanz wird die unbürokratische Beantragung und Abrechnung sowie die kurze Bearbeitungsdauer sein. Gerade der Mittelstand darf nicht durch zu viel Bürokratie und komplizierte Verfahren in seinem Innovations-

bemühen gebremst werden. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern werden Innovationsgutscheine bereits mit großem Erfolg genutzt. Vor allem bisher nicht forschende Unternehmen haben so den Einstieg in diese Thematik gefunden. Mit einer zügigen Umsetzung kann das auch in Sachsen erreicht werden.

## Gewerbesteuer darf kein Standortnachteil sein

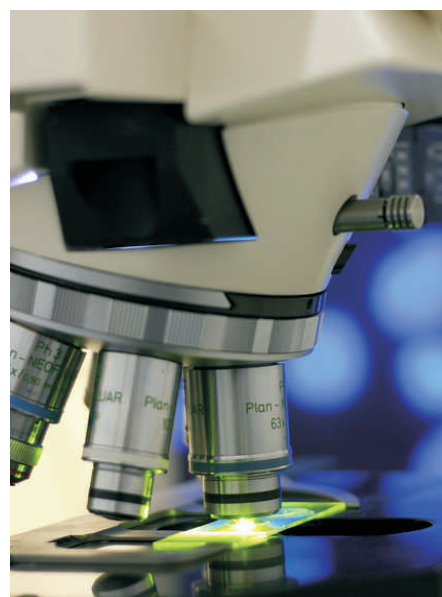
Die VSW begrüßt die aktuellen Pläne der Bundesregierung zu einer Reform der Kommunalfinanzen und hat zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundes der Selbständigen Sachsen (BDS), einem Mitgliedsverband der VSW, eingesetzt.

Gerade in Sachsen wirken sich die überdurchschnittlich hohen Hebesätze negativ auf die Wettbewerbsposition aus. Die Gemeindefinanzierungsquelle Gewerbesteuer wird durch Hinzurechnungen teilweise auch dann erhoben, wenn Unternehmen keinen Gewinn und damit keine Liquiditätsüberschüsse erwirtschaften. Somit belastet sie besonders in Krisenzeiten zusätzlich die Liquidität von Unternehmen und trägt mittelbar zum Verlust von Arbeitsplätzen bei. Eine Reform dieser Besteuerung ist daher dringend notwendig.

Als eine Möglichkeit der Gegenfinanzierung könnten die Gemeinden beispielsweise einen größeren Anteil am Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen erhalten, was dann entsprechend steigen müsste. Das Volumen der Einkommensteuer wird sich erhöhen, wenn die aktuell geltende Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer bei Nicht-Kapitalgesellschaften entfällt. Die Einnahmen aus Körperschaftsteuer können erhöht werden, indem die bisherige Definitiv-Belastung der Kapitalgesellschaften mit Gewerbesteuer durch eine entsprechend höhere Definitiv-Belastung mit Körperschaftsteuer ersetzt wird, so dass insgesamt keine Mehrbelastungen für Unternehmen entstehen.

Eine derartige Reform würde den Zielsetzungen der Regierungskoalition im Bund, der Förderung des Mittelstandes, der Sicherung von Arbeitsplätzen, der Steuervereinfachung und der Entbürokratisierung entsprechen.

Die Annäherung der finanziellen Orientierung von Bund, Ländern und Gemeinden kann schließlich auch dazu führen, dass Deutschland insgesamt handlungsfähiger wird und so die zukünftigen Herausforderungen noch besser meistern kann.



Forschung und Entwicklung mit dem Innovationsgutschein unterstützen

Durchschnittliche Hebesätze der Realsteuern nach Ländern 2008 in %

Hamburg	470
Bremen	436
Nordrhein-Westfalen	433
Sachsen	411
Berlin	410
Saarland	407
Hessen	393
DEUTSCHLAND	388
Niedersachsen	378
Bayern	367
Rheinland-Pfalz	367
Baden-Württemberg	355
Thüringen	344
Schleswig-Holstein	341
Mecklenburg-V.	339
Sachsen-Anhalt	333
Brandenburg	319

### Aufbau Ost mit eigenem Arbeitsstab im Bundesinnenministerium

Der Fortführung eines erfolgreichen Aufbau Ost misst die neue Bundesregierung großen Stellenwert bei. Das konnte die VSW in der Februar-Sitzung des Arbeitskreises Aufbau Ost beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) im Gespräch mit der Leiterin des Arbeitsstabes Angelegenheiten der Neuen Bundesländer erfahren. Mit sieben Referaten und ca. 40 Mitarbeitern achtet das Bundesinnenministerium darauf, dass der Aufholprozess fortgeführt werden kann. Zugesichert wurde die Einhaltung des Solidarpaktes II. Gleichwohl sollen alle Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, dass die neuen Bundesländer bald aus eigener Kraft weiter wachsen können. Am 17. März trifft sich der



VSW-Präsident gemeinsam mit den Präsidenten der anderen Landesvereinigungen der neuen Bundesländer zu einem Austausch mit dem Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière über den Fortschritt des Aufbau Ost und zukünftige Strategien.

### 20 Jahre Handelsverband Sachsen e.V.

An genau dem Tag, an dem der Handelsverband Sachsen vor 20 Jahren gegründet wurde, beging er sein Jubiläum mit einem Festakt in der Frauenkirche zu Dresden. Seit dem 25. Februar 1990 wirkt er als Arbeitgeberverband für den sächsischen Einzelhandel und vertritt heute rund 2.500 Mitgliedsunternehmen mit mehr als 11.000 Betriebsstätten und über 60.000 Mitarbeitern. Ergänzend zur Festrede von Verbandspräsident Bernd Kippig gratulierte auch Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok mit einem Grußwort.

### Mitglieder der VSW im Portrait

Als Vereinigung der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände repräsentiert die VSW die gesamte Branchenvielfalt unseres Bundeslandes. In jeder Ausgabe der VSW-News stellen wir einen Mitgliedsverband näher vor.

#### Sächsischer Baugewerbeverband e.V./Landesverband Sächsischer Bauinnungen e.V.

Der Bausektor galt lange Zeit als Konjunkturlokomotive in Deutschland. So zählte der Sächsische Baugewerbeverband als größter Arbeitgeberverband in diesem Bereich zu Beginn seiner Tätigkeit vor 20 Jahren rund 1.800 Mitgliedsunternehmen mit etwa 234.000 Beschäftigten. Doch die anhaltend rückläufige Entwicklung bei Bauinvestitionen in nahezu allen Bereichen hat zum Rückgang der Mitgliederzahlen auf etwa 700 Firmen mit rund 56.000 Beschäftigten geführt.

Umso wichtiger ist für diese kleinen und mittelständischen Bauhandwerksunternehmen eine starke Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene sowie in der Europäischen Union. Diese Rolle füllt der Sächsische Baugewerbeverband e.V. (SBV) zuverlässig aus. Der Verband nimmt erfolgreich Einfluss auf politischen Entscheidungen, wird in Gesetzgebungsverfahren gehört, ist in wichtigen Expertengremien vertreten und sorgt nicht zuletzt als Tarifpartner in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften für akzeptable tarifpolitische Rahmenbedingungen für das Bauhandwerk.

Mit seinen drei Geschäftsstellen in Dresden, Leipzig und Chemnitz ist der Verband nah an seinen Mitgliedern und deren Problemen. Dabei kommt insbesondere der Rechtsberatung der Mitgliedsunternehmen eine große Bedeutung zu. Regelmäßige Weiterbildungsveranstaltungen für die in Landesfachgruppen organisierten Gewerke fördern den Erfahrungsaustausch der Bauunternehmer ebenso wie zahlreiche Innungsveranstaltungen in den Regionen.

Regelmäßig stellt der SBV sein Leistungsprofil auf den Prüfstand, um dem Anspruch der Mitgliedsfirmen auf eine einflussreiche und starke Interessenvertretung gerecht zu werden und so die ohnehin immer schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen für das Bauhandwerk im Freistaat zu optimieren.

Sächsischer Baugewerbeverband e.V.  
Neuländer Str. 29, 01129 Dresden, [www.sbv.nu](http://www.sbv.nu)

